

ZEW Konjunkturreport

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim

Jahrgang 1 · Nr. 1 · Juni 1998

Konjunkturbelebung in Deutschland

Für das laufende Jahr erwarten alle Wirtschaftsforschungsinstitute sowie der Sachverständigenrat, aber auch die Volkswirte der großen Banken, daß sich die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland beleben wird. Anzeichen werden in der Entwicklung der Exporte und der Wiederbelebung der Investitionstätigkeiten gesehen. Dies trifft jedoch noch nicht auf die Bauwirtschaft zu. Strittig ist die Rolle des Privaten Verbrauchs. Für den Arbeitsmarkt werden sich im laufenden Jahr nur geringfügige Verbesserungen ergeben.



Konjunkturelle Belebung geht an der Bauwirtschaft vorbei

■ Die Konjunkturforscher sind sich einig, daß das wirtschaftliche Wachstum, gemessen am realen BIP, im laufenden Jahr zwischen 2,2 und 2,6 vH liegen wird (siehe Tabelle auf Seite 2). Optimistischer ist nur das Institut der deutschen Wirtschaft (IW), das ein Wachstum von 3 vH erwartet. Als tragende Pfeiler dieser Entwicklung gelten die sich weiterhin dynamisch entwickelnden Exporte und die Wiederbelebung bei den Ausrüstungsinvestitionen.

Die Belebung der Ausrüstungsinvestitionen führt aber nur bedingt zu Kapazitätserweiterungen, weiterhin dominiert noch das Rationalisierungsmotiv, um für den sich verschärfenden Wettbewerb in der Europäischen Währungsunion gerüstet zu sein. Erst bei einer sich verfestigenden Entwicklung der Binnenkonjunktur ist auch wieder mit Erweiterungsinvestitionen und damit verbunden: neuen Beschäftigungsverhältnissen zu rechnen. Weiterhin ungünstig

wird die Entwicklung bei den Bauinvestitionen eingeschätzt.

Schwache Baukonjunktur im Osten

Zwar zeigen sich in den alten Bundesländern erste Anzeichen für eine Belebung der Konjunktur bzw. für ein Ende der Rezession im Bau, aber in den neuen Bundesländern ist vor 1999 nicht mit einer Besserung zu rechnen. Selbst das Frühjahrsgutachten vom Mai dieses Jahres, die aktuellste Prognose zur Zeit, geht noch von einem Rückgang von knapp 1 vH aus. Da die Bauinvestitionen eine der Stützen der konjunkturellen

In dieser Ausgabe

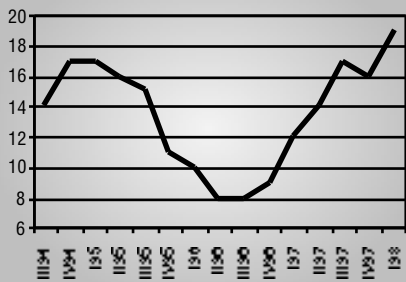
| | |
|--|----|
| Konjunkturbelebung in Deutschland . . . | 1 |
| Voraussichtliche Lage in der EWU | 3 |
| ZEW-Finanzmarkttest im Mai 1998 | 4 |
| EU-11 Staaten: Unterschiedliche Entwicklung bei nominaler Konvergenz | 6 |
| Indexierungsverbot wird gelockert – Nachteile für inländische Kaufleute? . . . | 8 |
| Bedeutung der Branchenstruktur für die regionale Arbeitslosigkeit | 9 |
| Polnische Außenhandelsprobleme verringern sich nur allmählich | 12 |

Entwicklung sind, ist für das laufende Jahr nicht mit einer nennenswerten Verbesserung der Situation zu rechnen.

Belebung im Industrie- und Dienstleistungssektor

Mittlerweile zeigt sich eine Belebung der Produktion im Produzierenden

Service Sentiment Indicator



Gewerbe, die nicht nur durch die Exporte getragen wird. Aber auch der wichtige Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen weist wieder eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung auf, wie der vom ZEW entwickelte Service-Sentiment-Indicator (SSI) für diesen Bereich zeigt (siehe Grafik). Da dieser Sektor sich durch eine dynamische Entwicklung auszeichnet, werden sich in der zweiten Hälfte des Jahres auch die Beschäftigungsaussichten wieder verbessern.

Privater Verbrauch: Schlüssel für den Aufschwung?

An der erwarteten Entwicklung des Privaten Verbrauchs scheiden sich derzeit die Geister. Der Sachverständigenrat, das IfW und das IW rechnen mit einer Belebung gegenüber dem Vorjahr

von 2 vH, erheblich pessimistischer ist das DIW mit seiner Prognose von 0,9 vH. Das DIW empfiehlt im Rahmen eines Minderheitsvotums in der Gemeinschaftsdiagnose eine deutliche Erhöhung der Reallöhne, damit es zu einer nachhaltigen Belebung komme. Steigende Reallöhne erhöhten das Einkommen, was in Folge zu einer vermehrten Nachfrage nach Gütern des Privaten Verbrauchs führe; die Belebung der Binnennachfrage stimuliere die Produktion und somit die Beschäftigung. Dieses keynesianische Argumentationsmuster wird zusätzlich durch die Bemerkung flankiert, daß die Lohnzurückhaltung der letzten Jahre bei steigenden Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nicht zu den entsprechenden Beschäftigungseffekten geführt habe. Da zusätzlich der Staat infolge der Konsolidierungsmaßnahmen als Nachfrager ausfalle, könne eine weitere Belebung der Binnennachfrage nur über den Privaten Verbrauch erfolgen.

Tarifpolitische Erfolge nicht leichtfertig verspielen

Diese kurzfristige Sichtweise der wirtschaftlichen Entwicklung führt in die Irre. Sieht man von den ostdeutschen Strukturproblemen ab, dann stand die Wirtschaft in den letzten Jahren im wesentlichen vor zwei Problemen: einerseits befand sie sich in einer rezessiven Entwicklung, andererseits mußte sie ihre im internationalen Vergleich ungünstige Kostenstruktur verbessern. Hierzu haben die Tarifparteien bislang einen Beitrag geleistet. Diese Erfolge wären mit einer Umkehr der Lohnpolitik sofort vernich-

tet. Ein längerer Betrachtungshorizont zeigt, daß ohne begleitende strukturelle Reformen kurzfristige wirtschaftspolitische Aktivitäten die falschen Signale setzen und zu Fehlentwicklungen der Gesamtwirtschaft führen.

Notwendige Reformen voranbringen

Unternehmen investieren, wenn die geplanten Projekte profitabel sind. Hierzu ist eine derzeit angesichts der Arbeitslosigkeit unterhalb der Produktivitätsentwicklung orientierte Lohnpolitik und langfristig ausgerichtete Geldpolitik ebenso erforderlich wie notwendige strukturelle Reformen im Sozial- und Steuerbereich. Sowohl Geld- als auch Tarifpolitik nehmen ihre gesamtwirtschaftliche Verantwortung wahr. Für eine nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungssituation, mit der nicht vor 1999 zu rechnen ist, sind nun die anstehenden Reformen zügig in Angriff zu nehmen, um auch von dieser Seite her die Angebotsbedingungen zu verbessern. Kurzfristiger Aktionismus über Konjunkturprogramme wären nichts anderes als alte Hüte in neuen Schachteln. Die erzielten Erfolge der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sollten nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Tragen alle ihren Teil zur Entwicklung bei, kommt es einerseits zu einer Belebung der Beschäftigung, andererseits wächst das Vertrauen in die neuen Aufschwungkräfte, so daß die Bereitschaft zum Konsum wieder steigen wird. ◀

Dr. Herbert S. Buscher,
Telefon 0621/1235-135

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 1998

| | 1997 | DIW 1998 | ifo 1998 | IfW 1998 | IW 1998 | WSI 1998 | SVR 1998 | GD 1998 | Commerzbank 1998 |
|---------------------------|------|-------------|-------------|-------------|------------|-------------|-------------|------------|---------------------|
| BIP, real | 2,2 | 2,5 | 2,6 | 2,6 | 3,0 | 2,5 | 2,5 | 2,6 | 2,8 |
| Priv. Verbrauch | 0,2 | 0,9 | 1,8 | 2,0 | 2,0 | 1,8 | 2,0 | 1,7 | 1,8 |
| Ausrüstungen | 3,9 | 6,2 | 6,5 | 6,5 | 7,0 | 6,2 | 5,0 | 6,9 | 6,5 |
| Bauten | -2,2 | -1,3 | -1,6 | 0,5 | 0,0 | -0,8 | -0,5 | -0,9 | -1,3 |
| Exporte | 10,7 | 9,0 | 7,3 | 9,1 | 8,5 | 7,6 | 9,25 | 9,9 | 8,0 |
| Importe | 7,0 | 4,4 | 5,4 | 6,7 | 6,5 | 5,8 | 5,0 | 8,2 | 5,0 |
| Erwerbstätige | -1,4 | -0,3 | 0,0 | -0,3 | 0,3 | | -0,5 | 0,0 | 0,4 |
| Arbeitslosenquote | 11,4 | 11,8 | 11,6 | 11,7 | 11,3 | | 11,6 | 11,4 | 11,2 |
| Preisindex Lebenshaltung* | 1,8 | 2,1 | 2,2 | 1,6 | 2,0 | | 2,75 | 1,3 | 1,3 |

*: für IfW, SVR und IW ist der Preisindex des Privaten Verbrauchs angegeben. GD = Gemeinschaftsdiagnose.

Quellen: Publikationen der Forschungsinstitute und SVR zwischen November 1997 und Januar 1998; GD/Commerzbank: Mai 1998.

Die voraussichtliche Lage in der EWU

■ Die konjunkturelle Entwicklung wird im laufenden Jahr in den Staaten der EWU unterschiedlich verlaufen. Während die meisten „kleineren“ Länder schon mit einem kräftigen Wachstum rechnen können, befinden sich die großen Staaten erst am Beginn einer konjunkturellen Belebung.

Getragen wird der Aufschwung in fast allen Ländern von der dynamischen Exportentwicklung. Unterschiede zeigen sich im Investitionsverhalten in den einzelnen Ländern. In den großen Ländern erwarten die nationalen Institute im laufenden Jahr eine Belebung der Investitionstätigkeit. Deutlich gegensätzlich entwickelt sich der private Verbrauch. Hier reichen die Prognosen für 1998 von einer verhaltenen Entwicklung bis hin zu einer kräftigen Belebung.

Wenig erfreulich ist die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in fast allen Ländern der EWU. Hier ist mit einer nachhaltigen konjunkturellen Belebung in den großen Ländern erst nach einer Festigung der binnenwirtschaftlichen Entwicklung zu rechnen. Aber die Arbeitslosenquoten werden weiterhin auf einem sehr hohen Niveau verharren. Die Inflationsraten in allen EWU-Staaten werden auch 1998 auf dem mittlerweile erreichten niedrigen Niveau bleiben. Hier ist der Konvergenzfortschritt deutlich sichtbar.

Anmerkungen zur Tabelle:

Angaben in vH gegenüber dem Vorjahr; Ausnahme: Arbeitslosenquote

Quellen: Belgien: Generale Bank, Brüssel; Niederlande: CPB, Den Haag; Finnland: ETLA, Helsinki; Frankreich: Centre d'Observation (COE), Paris; Spanien: La Caixa, Barcelona; Italien: ISCO, Roma; Österreich: WIFO, Wien; Griechenland: OECD, Paris; Irland: OECD, Paris; Großbritannien: National Institute Economic Review; Portugal: OECD, Paris; Dänemark: OECD, Paris; Schweden: Konjunkturinstitut, Stockholm; OECD Economic Outlook 1997; EU-11: Goldman Sachs Januar 1998; 1997 vorläufige Werte. Ebenfalls OECD: Finnland: Privater Verbrauch; Österreich: Deflator des Privaten Verbrauchs und Arbeitslosenquote.

| | EU-11 | | Italien | |
|--------------------|-------------|------|------------|------|
| | 1997 | 1998 | 1997 | 1998 |
| BIP, real | 2,5 | 2,7 | 1,5 | 2,4 |
| Privater Verbrauch | 1,4 | 2,2 | 2,0 | 1,8 |
| Investitionen | 1,9 | 4,0 | 0,7 | 4,9 |
| Exporte | 10,0 | 8,0 | 7,3 | 7,0 |
| Importe | 8,6 | 7,8 | 12,5 | 7,5 |
| Verbraucherpreise | 1,7 | 1,9 | 1,7 | 1,8 |
| Arbeitslosenquote | 12,5 | 12,3 | 12,2 | 12,0 |
| Beschäftigung | – | – | -0,1 | 0,4 |
| | Spanien | | Belgien | |
| | 1997 | 1998 | 1997 | 1998 |
| BIP, real | 3,3 | 3,6 | 2,3 | 2,7 |
| Privater Verbrauch | 3,3 | 3,3 | 1,8 | 2,2 |
| Investitionen | 4,5 | 6,7 | 5,7 | 5,0 |
| Exporte | 12,7 | 11,7 | 6,4 | 6,0 |
| Importe | 9,9 | 11,6 | 6,1 | 6,1 |
| Verbraucherpreise | 1,1 | 1,4 | 1,6 | 1,2 |
| Arbeitslosenquote | – | – | 12,6 | 12,3 |
| | Österreich | | Irland | |
| | 1997 | 1998 | 1997 | 1998 |
| BIP, real | 2,0 | 2,7 | 7,5 | 7,3 |
| Privater Verbrauch | 0,5 | 1,7 | 7,2 | 6,0 |
| Investitionen | 2,8 | 3,3 | 14,5 | 10,6 |
| Exporte | 6,5 | 7,6 | 12,0 | 13,0 |
| Importe | 4,8 | 6,5 | 13,0 | 13,0 |
| Verbraucherpreise | 1,5 | 1,5 | 0,9 | 2,2 |
| Arbeitslosenquote | 8,5 | 9,0 | 10,3 | 9,4 |
| | Niederlande | | Frankreich | |
| | 1997 | 1998 | 1997 | 1998 |
| BIP, real | 3,3 | 3,8 | 2,2 | 2,9 |
| Privater Verbrauch | 3,3 | 2,8 | 0,7 | 2,7 |
| Investitionen | 7,0 | 4,3 | 0,1 | 3,9 |
| Exporte | 6,0 | 7,8 | 9,7 | 7,5 |
| Importe | 7,5 | 6,8 | 5,7 | 8,2 |
| Verbraucherpreise | 2,1 | 2,3 | 1,1 | 1,4 |
| Arbeitslosenquote | – | – | 12,5 | 11,5 |
| Beschäftigung | 2,3 | 2,3 | – | – |
| | Finnland | | Portugal | |
| | 1997 | 1998 | 1997 | 1998 |
| BIP, real | 5,0 | 4,0 | 3,4 | 3,7 |
| Privater Verbrauch | 3,5 | 3,3 | 2,6 | 2,8 |
| Investitionen | 10,0 | 5,0 | 9,0 | 7,5 |
| Exporte | 9,0 | 7,0 | 8,3 | 10,5 |
| Importe | – | – | 8,7 | 9,0 |
| Verbraucherpreise | 1,2 | 2,0 | 2,3 | 2,0 |
| Arbeitslosenquote | 14,6 | 13,2 | 6,8 | 6,3 |

ZEW-Finanzmarkttest: Ergebnisse der Umfrage im Mai 1998

■ Der ZEW-Finanzmarkttest ist eine seit Dezember 1991 durchgeführte Umfrage, in der monatlich die im deutschen Finanzbereich vorherrschenden Erwartungen über die Entwicklung an sechs internationalen Finanzmärkten erhoben werden.

Insgesamt beteiligen sich rund 350 Unternehmen an dieser Umfrage, darunter etwa 260 Banken, 60 Versicherungen und 30 Industrieunternehmen. Ange-

sprochen werden die Finanzexperten der Finanz-, Research- und volkswirtschaftlichen Abteilungen sowie der Anlage- und Wertpapierabteilungen dieser Unternehmen. Im einzelnen werden die Finanzmarktexperten nach ihren mittelfristigen Erwartungen befragt, die sie für wichtige internationale Finanzmärkte hinsichtlich der Entwicklung der Konjunktur, der Inflationsrate, der kurz- und langfristigen Zinsen, der Aktien- und der Wech-

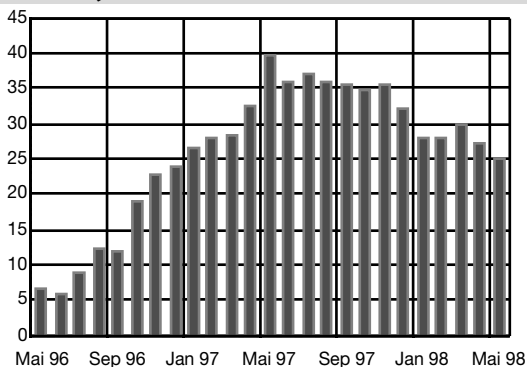
selkurse haben. Zur Ermittlung der Prognosewerte werden die qualitativen Antwortkategorien („steigen“, „gleichbleiben“, „fallen“) mit Hilfe eines speziellen Verfahrens (der Carlson/Parkin Methode) in quantitative Werte transformiert. Weitere Informationen zum verwendeten statistischen Verfahren sind in Form einer ZEW-Kurzinformation erhältlich. ◀

Robert Dornau,

Telefon 0621/1235-141

Großbritannien: Konjunkturzug bremst ab

Konjunkturklima in Großbritannien



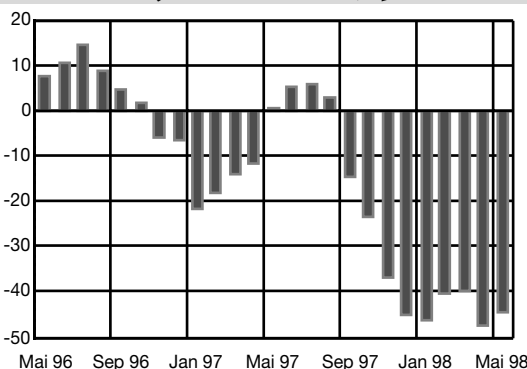
Mai 96 Sep 96 Jan 97 Mai 97 Sep 97 Jan 98 Mai 98
Mittelwert aus der Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage und den Erwartungen hinsichtlich der künftigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Angaben in Prozent.

■ Die Gefahr der Konjunkturüberhitzung in Großbritannien scheint gebannt. Über 70 Prozent der Experten rechnen mit einer mittelfristigen Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Situation. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist zuletzt langsamer gewachsen. Nach 0,9 Prozent im dritten und 0,6 Prozent im vierten Quartal 1997 verringerte sich das Wachstum des realen BIP auf 0,4 Prozent im ersten Quartal 1998. Viele Indikatoren deuten auf eine weitere Dämpfung hin. Der Rückgang der Arbeitslosenquote hat sich ver-

langsam, die Industrieproduktion ist gesunken. Ebenso sind Handel und Geldmenge trotz zunehmender Lohnsteigerungen geringer gewachsen. Zusammen mit dem dämpfenden Effekt der Asienkrise lassen diese Faktoren darauf hoffen, daß die Bank von England sich nicht zu weiteren Zinserhöhungen gezwungen sieht. Seit Beginn der Labour Regierung wurde der Basiszinssatz in fünf Schritten um je 0,25 Prozentpunkte erhöht. Die Experten erwarten einen Rückgang der Geldmarktsätze auf bis zu 7,2 Prozent. ◀

Asien: Sturm im Lotusteich

Konjunkturklima in Japan



Mai 96 Sep 96 Jan 97 Mai 97 Sep 97 Jan 98 Mai 98
Mittelwert aus der Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage und den Erwartungen hinsichtlich der künftigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Angaben in Prozent.

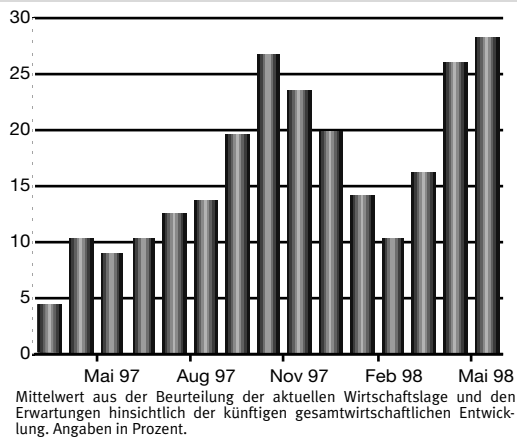
■ Blutige Revolten zeigen nur zu deutlich, daß die Boomjahre in den wirtschaftlich geschrumpften asiatischen Tigern vorerst vorbei sind. Dürre und Hungersnöte plagen die Region. Während die Währungsseite der Asienkrise das tägliche Exportgeschäft belastet, lauert die Immobilienkrise als schlafender Drache weiterhin in den Bilanzen. Die überschüssige Bürofläche von Bangkok bis Tokio grenzt an eine Million Quadratmeter. Einst glitzernde Büroaläste, als Symbole des wachsenden Wohlstands in Rekordzeiten aus dem Boden ge-

stampft, erweisen sich nun als Belastungen in den Bilanzen vieler Unternehmen. Anstatt Rücklagen in Form von Liquidität zu bilden, wurde Milliarde um Milliarde im damals schon völlig überheizten Immobilienmarkt angelegt. Eine Spekulation, die sich für Japan nicht zum ersten Mal als fehlerhaft erweist.

Fast einstimmig beurteilen die befragten Experten die Lage in Japan denn auch als schlecht. Nur knapp 20 Prozent der Marktkenner sehen für Japan Licht am Ende des Tunnels. ◀

Deutschland: Konjunktur im Aufwind

Konjunkturklima in Deutschland



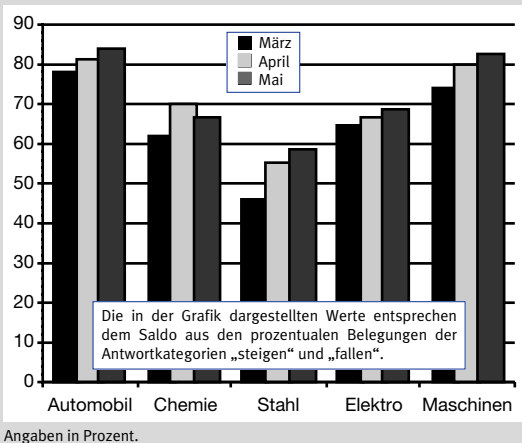
■ Der Konjunkturklimaindex konnte sich im Mai nochmals verbessern. Er steht jetzt bei 28,3 Punkten nach 25,9 Punkten im April. Die positive Entwicklung der Nachfrage im Inland scheint den negativen Einfluß der Asienkrise endgültig zu verdrängen. Die befragten Finanzmarktexperten sind so zuversichtlich wie seit Jahren nicht mehr. Immer geringer ist die Zahl derer, die die derzeitige konjunkturelle Situation als schlecht bezeichnen. Inzwischen erwarten fast zwei Drittel der Marktkenner, daß die deutsche Gesamtwirt-

schaft mittelfristig an Kraft zulegen wird.

Obwohl die Wirtschaftsaktivität zunimmt und die Arbeitslosenzahl etwas zurückging, befindet sich letztere immer noch auf einem Nachkriegshoch. Im ersten Quartal 1998 konnten die Konsumausgaben um 0,4 Prozent zulegen, nachdem sie sich im letzten Quartal 1997 im Jahresvergleich um 0,8 Prozent reduziert hatten. Investitionen wuchsen um nur 0,1 Prozent, nach einem Plus von je 0,6 Prozent in den beiden letzten Quartalen 1997. ◀

Deutschland: Exportmotor läuft weiter im Dauertest

Ertragserwartung im Exportsektor



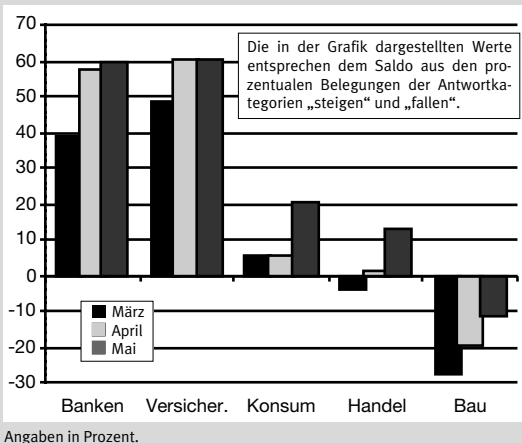
■ Lieblingsbranche der institutionellen Kapitalanleger bleibt der Fahrzeugbau. Auch nach der Ankündigung von Daimler-Benz, sowohl in den USA als auch in Japan zu expandieren, werden der Branche beste Ertragsaussichten zugesichert. Die Umstrukturierungsmaßnahmen der letzten Jahre zeigen Erfolge, und volle Auftragsbücher beweisen, daß nicht am Geschmack des Marktes „vorbeiproduziert“ wurde. Die mit drei Prozent größer als erwartet ausgefallenen Lohnsteigerungen in der Chemiebranche werden von den

Finanzexperten eher als dämpfend beurteilt. Der in den letzten Monaten stark gestiegene Optimismus für diese Branche wurde leicht korrigiert.

Vom Dollar können nach Expertenmeinung allerdings keine zusätzlichen Impulse für den Markt erwartet werden. Die Finanzakteure gehen davon aus, daß sich der Wechselkurs zur Mark auf dem derzeitigen Niveau von 1,78 Mark weiter festigen wird. Dabei gestehen sie dem Dollar jedoch eine Schwankungsbreite zwischen 1,73 und 1,83 Mark zu. ◀

Deutschland: Optimismus bei der Inlandsnachfrage

Aussichten für die Binnenwirtschaft



■ Die Branchen Konsum und Handel werden im Mai eindeutig positiver beurteilt. Etwa 28 Prozent der Experten erwarten eine Verbesserung der Ertragslage im Konsumsektor. Das sind 8 Prozentpunkte mehr als noch im Vormonat. Für den Handelssektor ist jeder vierte Marktkenner von steigenden Erträgen überzeugt. Nur etwa 10 Prozent der Befragten erwarten eine ungünstige Entwicklung im Handel. Nochmals zulegen konnte die Beurteilung des Bankensektors. Daß sich die erfolgten Fusionen auszahlen, hat zuletzt der Jahres-

abschluß der künftigen Bayerischen Hypo- und Vereinsbank gezeigt. Knapp 20 Prozent Steigerung des Betriebsergebnisses lassen die Experten auf eine weiterhin positive Entwicklung hoffen. Obwohl die Auftragslage im Bausektor nach wie vor unbefriedigend ist, hat sich die Einschätzung dieses Sektors nochmals verbessert. Nur noch ein knappes Fünftel der Befragten erwartet hier eine weitere Verschlechterung. Offenbar gehen die Marktkenner davon aus, daß es im Bausektor nicht mehr schlimmer werden kann. ◀

Beiträge zur gesamtwirtschaftlichen Forschung

EU-11 Staaten: Unterschiedliche Entwicklung bei nominaler Konvergenz

Mit der Entscheidung über die Teilnehmerstaaten der Europäischen Währungsunion verbunden ist die Hoffnung auf ein stärkeres Wirtschaftswachstum und die Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Inwieweit die einheitliche Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zu diesen erwünschten realwirtschaftlichen Effekten beitragen kann, ist angesichts der deutlichen Wachstumsunterschiede und des heterogenen Arbeitsmarktes in den EU-Staaten unklar. Der Handlungsbedarf zur Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt bleibt weiterhin sehr groß.



Entspannte Stimmung: Die Regierungschefs nach dem EU-Gipfel beim Gruppenfoto

Mit der Entscheidung über die Mitgliedstaaten der 1999 zu gründenden Europäischen Zentralbank (EZB) fiel auch explizit ein Urteil darüber, daß die Teilnehmerstaaten die nominalen Konvergenzkriterien in ausreichendem Maße erfüllt haben. Mit der Konvergenz der langfristigen Zinsen und der Inflationsraten sind wichtige Voraussetzungen für eine einheitliche Geldpolitik geschaffen worden. Noch ungeklärt ist hingegen bis heute, ob zukünftig ein Inflations- oder ein Geldmengenziel die entscheidende strategische Größe der europäischen Geldpolitik sein wird. Trotz dieser – und einiger weiterer noch zu klärenden – Tatbestände ist sicher, daß die europäische Geldpolitik überwiegend potentialorientiert – und somit mittelfristig ausgelegt – sein wird. Diese Potentialorientierung bedeutet aber nicht, daß die aktuelle Geldpolitik von

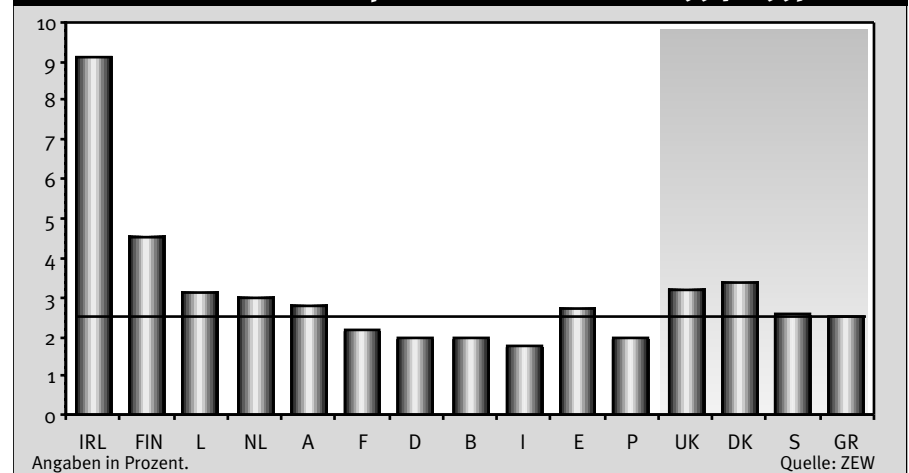
der konjunkturellen Entwicklung losgelöst ist. Die kurzfristige Geldversorgung der EWU-Staaten wird überwiegend über Operationen am offenen Markt

vollzogen zu Geldmarktzinssätzen, deren Niveau den Verlauf der Konjunktur widerspiegelt.

Deutliche Wachstumsunterschiede in der EU-15

Bislang divergieren die kurzfristigen Zinsen in den EU-11 Staaten wesentlich stärker als die Langfristsätze. Hierin kommt auch zum Ausdruck, daß in den Beitrittsländern die konjunkturelle Entwicklung noch nicht synchron verläuft. Mit einer einheitlichen Geldpolitik kann es aber auch nur einen einheitlichen Leit-zins geben, der für alle EU-11 Länder gilt. Dies muß kein Problem darstellen, wenn in den elf Staaten die konjunkturelle Entwicklung im großen und ganzen parallel verläuft. Diese Voraussetzung war zumindest in den letzten vier Jahren nicht erfüllt. Grafik 1 zeigt die durchschnittlichen Wachstumsraten des realen BIP für

Grafik 1: Durchschnittliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes in der EU von 1994 - 1997



die EU-15 und die einzelnen EU-Staaten für die Zeit von 1994 – 1997. Ein überdurchschnittliches Wachstum wiesen neben Irland insbesondere Finnland, Luxemburg, die Niederlande und Österreich auf. Insbesondere die großen Staaten wie Frankreich, Deutschland und Italien lagen unter dem EU-15 Durchschnitt. Zwischen dem irischen und dem italienischen Wirtschaftswachstum lagen in den vier Jahren 7,3 Prozentpunkte Differenz. Selbst wenn man Irland ausklammert, dann unterscheiden sich Finnland und Italien immer noch um 2,7 Prozentpunkte im Wachstum. Bedenkt man, daß die deutsche Wirtschaft seit der Vereinigung im Durchschnitt um 1,75 % (Produktionspotential: 2,4 %) pro Jahr wuchs, dann sind diese Wachstumsunterschiede in Europa durchaus beachtlich. Grafik 1 zeigt einen weiteren Aspekt: zwischen 1994 und 1997 wuchsen die Staaten, die von vornherein nicht an der Währungsunion teilnehmen wollen, überdurchschnittlich (Großbritannien und Dänemark) oder entsprachen dem europäischen Durchschnitt (Schweden und Griechenland). Teilweise dürften diese überdurchschnittlichen Wachstumsraten darauf zurückzuführen sein, daß in diesen Ländern der Konvergenzdruck wesentlich schwächer ausgeprägt war als in den übrigen Staaten. Somit konnte eine weniger restriktive Geldpolitik betrieben werden, und der Druck auf den Staatshaushalt fiel hinsichtlich des Defizitkriteriums schwächer aus.

Betrachtet man alle 15 Staaten der EU, dann fällt auf, daß die nördliche Region der EU deutlich besser abschneidet als die europäischen Kontinentalstaaten. Ob hierin eher ein Gleichlauf mit der US-amerikanischen Konjunktur zu sehen ist oder ob es sich bereits um die ersten Früchte der in diesen Staaten im wesentlichen abgeschlossenen Reformen des sozialen Systems handelt, ist nicht eindeutig zuzurechnen.

Arbeitsmarktentwicklung sehr unterschiedlich

Für die letztere Sicht spricht die Entwicklung auf den nationalen Arbeitsmärkten. Grafik 2 zeigt das Beschäftigungswachstum für den Zeitraum von 1994 bis 1997. In der gesamten EU-15 stieg die Beschäftigung im Durchschnitt pro Jahr um 0,2 vH. Beschäftigung wurde im Mittel in fünf Ländern abgebaut,

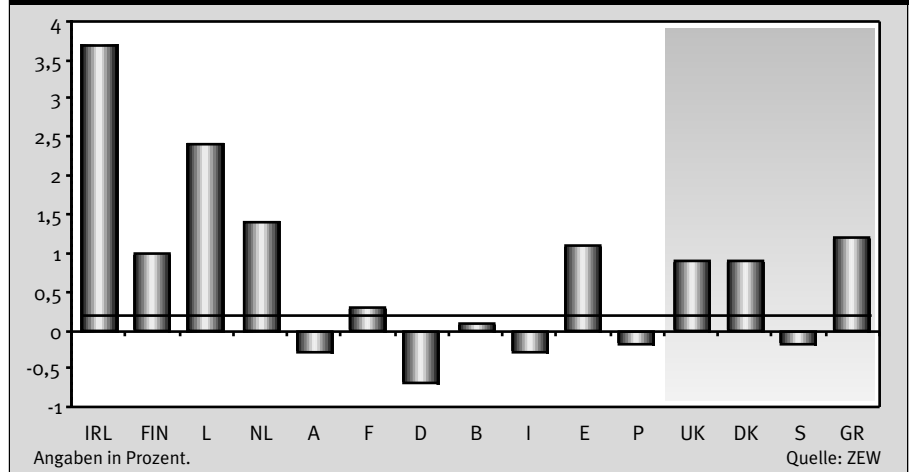
wovon Deutschland am stärksten betroffen war. Die Länder, die einen Beschäftigungszuwachs aufweisen, liegen zum überwiegenden Teil deutlich über dem EU-15 Durchschnitt. Die Ausnahmen bilden hier Belgien und Frankreich.

Die Länder mit den höchsten BIP-Wachstumsraten weisen auch die größten Beschäftigungszuwächse auf. Dies

ner in ihrer Entwicklung – und den damit verbundenen wirtschaftspolitischen Problemen – dar als die EU insgesamt.

Sollte sich jedoch, wie von den meisten europäischen Forschungsinstituten vorhergesagt, die wirtschaftliche Lage im laufenden und kommenden Jahr in den großen EWU-Ländern deutlich verbessern, dann ist mit einer Angleichung

Grafik 2: Durchschnittliche Wachstumsrate der Beschäftigung in der EU von 1994 - 1997



weist auf die Bedeutung hin, die dem Wirtschaftswachstum für die Beschäftigung auf mittlere und längere Sicht zukommt. Aber auch die nicht an der Währungsunion teilnehmenden Staaten zeigen mit Ausnahme von Schweden deutliche Entspannungstendenzen auf den nationalen Arbeitsmärkten. Ob es sich bei den neu geschaffenen Beschäftigungsverhältnissen jeweils um Vollzeit- oder überwiegend um Teilzeitbeschäftigte handelt, ist der Grafik nicht zu entnehmen. Allerdings zeigt sich auch hier eine deutliche Trennung zwischen den nord- und den kontinentaleuropäischen Staaten.

Weniger heterogen sieht die Beschäftigungsentwicklung aus, wenn man sich auf sogenannte „Kernländer“ der EU bezieht. Legt man die geldpolitische Orientierung hin zur Bundesbank und die daraus resultierende Wechselkursstabilität zugrunde, können neben Deutschland Frankreich, Österreich, die Niederlande, Belgien und Luxemburg als Kernländer aufgefaßt werden. Räumt man Luxemburg aufgrund der großen Bankenkonzentration eine Sonderstellung ein, dann heben sich nur noch die Niederlande deutlich in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung von den übrigen Kernstaaten ab. Aus dieser Sicht betrachtet stellen sich die Kernländer wesentlich homog-

sowohl des wirtschaftlichen Wachstums als auch der Beschäftigungsentwicklung zu rechnen. Trotz dieser positiven Aussichten wird es jedoch nur in wenigen Ländern zu einem deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit kommen, da insbesondere in Italien, Frankreich und Deutschland – aber auch Spanien ist hier zu nennen – noch nicht zu einer durchgreifenden Reform des sozialen Sicherungssystems gekommen ist und in einigen der genannten Staaten noch eine Reform des Steuersystems aussteht. Ob die Entscheidung Frankreichs zugunsten einer 35-Stunden-Woche die erhofften Beschäftigungsimpulse bringen wird, ist – gemessen an den deutschen Erfahrungen – eher skeptisch zu beurteilen.

Zwar werden die bestehenden Unterschiede in den Arbeitsmärkten nicht zu einer Zerreißprobe für die EWU führen, da nationale und demographische Faktoren einer schnellen Anpassung auf diesen Märkten entgegenstehen, aber der Handlungsbedarf für einen deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit ist in der Mehrzahl der Länder sehr groß. Europäische Beschäftigungs- oder Transferprogramme sind jedoch wenig geeignet, die nationalen Arbeitsmarktprobleme zu lösen. ◀

Dr. Herbert S. Buscher,
Telefon 0621/1235-135

Indexierungsverbot wird gelockert – Nachteile für inländische Kaufleute?

Im Zuge der notwendigen Anpassungen der deutschen Gesetze an die dritte Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion war auch das Indexierungsverbot des § 3 Währungsgesetz nicht mehr aufrechtzuerhalten. Für Deutschland wird es jedoch eine Nachfolgeregelung geben. Der jetzt gefundene Kompromiß spiegelt den Konflikt zwischen dem Wettbewerbsdruck im Euro-Finanzmarkt und den Interessen des Konsumentenschutzes wider.

■ In Deutschland wird es auch nach Einführung des Euro im Grundsatz weiterhin ein Indexierungsverbot geben. § 3 Währungsgesetz, in dem bislang der Genehmigungsvorbehalt seitens der Bundesbank verankert war, wird durch eine Anschlußlösung im Rahmen des „Preisangaben- und Preisklauselgesetzes“ ersetzt. Danach bleibt die Indexierung – die Anpassung von Geldschulden in allen Arten von Verträgen an die Steigerung eines allgemeinen Preisindex – grundsätzlich verboten. Das Bundeswirtschaftsministerium darf unter bestimmten Bedingungen (z. B. langfristige Verträge, Gründe des Wettbewerbs) Ausnahmen genehmigen. Der Geld- und Kapitalverkehr sowie der Außenhandel werden allerdings vom Indexierungsverbot ganz ausgenommen. Wie ist diese Neuregelung zu beurteilen?

Indexierung leistet Inflation Vorschub

Diese Lösung zeigt in ihrer prinzipiellen Ausrichtung und den Ausnahmeregelungen zunächst deutlich die im Widerstreit miteinander liegenden Zielsetzungen. Auf der prinzipiellen Ebene ist die Einschätzung unverkennbar, daß Indexierung – die automatische Anpassung von Zahlungsverpflichtungen in langfristigen Verträgen entsprechend der Geldentwertung – der Inflation Vorschub leistet. Außerdem soll der Verbraucher vor Verträgen geschützt werden, die für ihn nachteilige Folgen haben. Auf der anderen Seite war dem Gesetzgeber auch klar, daß gerade im Finanzmarktbereich ein nationaler Sonderweg ein erheblicher Wettbewerbsnachteil für den deutschen Finanzplatz gewesen wäre. Weil die Indexierung in



anderen EU-Staaten liberal gehandhabt wird, würden sich im Euroland die entsprechenden indexierten Produkte eben außerhalb Deutschlands verlagern.

Die prinzipielle Einschätzung des Gesetzgebers, Indexierung sei eine Ursache für Inflation, ist zwar weit verbreitet, in dieser Pauschalität aber kaum zutreffend. Hier dürfte eine Verwechslung von Ursache und Wirkung vorliegen: Die Tatsache, daß Indexierung in der Vergangenheit vermehrt in Ländern hoher Inflation aufgetreten ist, bedeutet nicht, daß diese Realwertanpassung ursächlich für die Inflation ist. Es herrscht heute weitgehende Einigkeit darüber, daß langfristig Inflation in erster Linie durch ein übermäßiges Wachstum der Geldmenge verursacht wird.

Die Indexierung ist dagegen eine

Reaktion der Wirtschaftsakteure auf unsichere Preisperspektiven und nicht eine eigentliche Inflationsursache. Manche Art von Indexierung dürfte umgekehrt sogar geeignet sein, das Vertrauen in die dauerhafte Stabilität des Euro zu vergrößern. Zu nennen ist hier vor allem die Indexierung der Staatsschuld über die Emission realwertgesicherter Staatsanleihen. Derartige Anleihen verhindern, daß hochverschuldete Staaten zu Inflationsgewinnern werden und sich über eine überraschende Inflation eines Teils ihrer Schuld entledigen.

Das erneuerte Indexierungsverbot – zumal es begrenzt bleibt auf ein Land der Währungsunion – ist also kaum unter dem Aspekt des Inflationsschutzes zu legitimieren. Stichhaltiger dürfte dagegen das Argument des Verbraucherschutzes sein: Bei einer völligen

Liberalisierung der Verwendung allgemeiner Preisgleitklauseln besteht aus Sicht des Verbraucherschutzes die Befürchtung, daß Konsumenten sich auf Verträge einlassen, deren ökonomische Tragweite sie nicht erfassen oder zu deren Abschluß sie aufgrund einer unzureichenden Wettbewerbssituation praktisch gezwungen werden. Dies kann der Fall sein, wenn auf der Anbieterseite eine Monopolsituation gegeben ist. Man kann hier etwa an langfristige Verträge mit kommunalen Versorgern denken.

Allerdings geht unter dem Aspekt des Verbraucherschutzes das neue Gesetz in seiner Beschränkung in einer Hinsicht zu weit: So wären als weiterer Ausnahmerebereich von der Genehmigungspflicht die Vertragsbeziehungen von Kaufleuten untereinander sinnvoll gewesen. Es sind jetzt lediglich Verträge inländischer Kaufleute mit ausländischen Partnern ausgenommen. Es besteht aber kein nachvoll-

ziehbarer Grund, generell die Indexierung von Verträgen inländischer Kaufleute untereinander der Genehmigungspflicht zu unterwerfen. Für einen Kaufmann kann man unterstellen, daß er die Bedeutung einer derartigen Vereinbarung in ihrer Tragweite durchschaut.

Es ist hingegen zu begrüßen, daß der Gesetzgeber sich dazu durchringen konnte, den gesamten Bereich des Geld- und Kapitalverkehrs von der Genehmigungspflicht seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft auszunehmen. Damit kommt es zu keiner Benachteiligung des deutschen Finanzplatzes innerhalb der Euro-Zone. Es ist damit zu rechnen, daß die indexierten Finanzprodukte auch tatsächlich ihren Markt finden werden. Die Attraktivität dieser Instrumente liegt auf der Hand. Mit solchen Produkten wäre erstmals eine praktisch völlig risikolose Anlageform gegeben, die es heute noch nicht gibt.

Nominale Festverzinsliche sind entgegen einer weit verbreiteten Einschätzung in realer Betrachtung durchaus risikant. Aber auch indexierte Kredite können aus Kundensicht vorteilhaft sein: Weil der Kunde hier das Risiko einer steigenden Inflation auf sich nimmt, wird er im Schnitt einen ermäßigten Realzins im Vergleich zum traditionellen Kredit zahlen. Daß hier kein unzumutbares Risiko für den Kunden vorliegt, wird deutlich, wenn man die Ähnlichkeit von indexierten Krediten mit variabel verzinslichen Darlehen betrachtet. Bei letzteren trägt auch heute schon der Kunde das Risiko.

Insgesamt ist zu hoffen, daß der neuen gesetzlichen Regelung mit ihren unverkennbaren Deregulierungsschritten nun auch noch eine liberale Genehmigungspraxis folgt. ◀

*Dr. Friedrich Heinemann
Telefon 0621/1235-149*

Branchenstruktur und regionale Arbeitslosigkeit

Aus der Kenntnis der regionalen Branchenstruktur lassen sich einfache Maße für die Impulse der Branchentwicklungen auf die regionalen Arbeitsmärkte konstruieren. Anhand der Beziehung zu den beobachteten regionalen Zugängen und Abgängen aus der Arbeitslosigkeit wird die Bedeutung der Branchenstruktur für die kurzfristige Entwicklung der regionalen Arbeitsmärkte ermittelt. Die empirischen Resultate belegen für die 74 Raumordnungsregionen in Westdeutschland im Zeitraum von 1988 bis 1994 eine dominierende Rolle der Branchenstruktur vor allem für die Entstehungsseite der Arbeitslosigkeit.



■ Nicht erst seit der Wiedervereinigung sind große regionale Diskrepanzen auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu beobachten. So liegen die Arbeitslosenquoten in den 10 % der Arbeitsamtsbezirke

mit den höchsten Quoten mehr als doppelt so hoch als in den 10 % der Arbeitsamtsbezirke mit den niedrigsten Quoten (siehe Grafik). Da besonders hohe Werte in den traditionell durch Bergbau, Stahl-

industrie und Schiffbau geprägten Regionen erreicht werden, liegt es nahe zu vermuten, daß die Branchenstruktur einen großen Einfluß auf das Ausmaß der Arbeitsmarktprobleme hat. Allerdings ist es nicht ganz einfach, die Bedeutung der Branchenstruktur für die regionale Dimension der Arbeitslosigkeit zu quantifizieren. Wird davon ausgegangen, daß Arbeitslose bereit sind, die Branche zu wechseln, sind branchenspezifische Arbeitslosenquoten wenig aussagekräftig. Um dennoch Aussagen über die Bedeutung der Branchenstruktur für die regionale Inzidenz der Arbeitslosigkeit zu treffen, wird hier auf die regionale Dynamik der Arbeitslosigkeit abgestellt.

Impulse aus der Branchenstruktur

Die Veränderung der regionalen Arbeitslosenquote kann bei konstantem Arbeitsangebot auf die Zugänge in die

Regression mit Paneldaten

Wenn in einem Datensatz Beobachtungen für einen Querschnitt von Beobachtungseinheiten für mehrere Zeitpunkte vorliegen, wird auch von Paneldaten gesprochen. Beispielsweise kann die Höhe der Arbeitslosigkeit in verschiedenen Regionen über mehrere Jahre hin betrachtet werden. Panel-schätzungen erlauben, Unterschiede im Querschnitt zu kontrollieren. Selten sind die Regionen so ähnlich, daß Unterschiede im Rahmen einer einfachen, „gepoolten“ Betrachtung vernachlässigbar sind. Um die Vergleichbarkeit zu erreichen, wird versucht, die im Rahmen einer bestimmten Fragestellung konstanten Unterschiede herauszufiltern. Die einfachste Methode ist die „WITHIN-GROUPS“ Transformation. Hier wird von jeder einzelnen Beobachtung zu einem bestimmten Zeitpunkt jeweils das langjährige Mittel abgezogen. In der einfachen linearen Kleinstquadrate („OLS“) Schätzung ist das Vorgehen der „WITHIN-GROUPS“ Transformation im übrigen äquivalent zur Aufnahme von Dummyvariablen für alle Beobachtungseinheiten, im Beispiel für alle Regionen. Bei der Schätzung mit „WITHIN-GROUPS“ Transformation ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Anzahl der Freiheitsgrade wegen der Bildung der regionalen Durchschnitte reduziert ist. Interessieren die langfristigen Unterschiede zwischen den Beobachtungseinheiten, können auch ausschließlich die langjährigen Mittel verglichen werden. Dies wird als „BETWEEN-GROUPS“ Transformation bezeichnet.

Arbeitslosigkeit und die Abgänge aus der Arbeitslosigkeit zurückgeführt werden. Ein Teil der Zugänge in die Arbeitslosigkeit (1994: 52,7 % in Westdeutschland [Quelle: IAB Beiträge aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 101, 1995]) erfolgt direkt aus einer Beschäftigung. Für den Großteil dieser Zugänge ist die vorherige Branche in der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit erfaßt. Sind die regionalen branchenbe-

zogenen Beschäftigungszahlen bekannt, dann läßt sich aufgrund der Beschäftigungsanteile der Regionen errechnen, wieviele Zugänge zur Arbeitslosigkeit in einer Region allein aufgrund der Branchenstruktur zu erwarten sind.

Die Abgänge aus der Arbeitslosigkeit der regionalen Branchenstruktur zuzuordnen, ist mit größeren Schwierigkeiten verbunden, da sie anders als die Zugänge erfaßt werden. Ohne Verwendung von Individualinformationen in der Beschäftigtenstatistik könnte allenfalls auf die Vermittlungen der Arbeitsämter rekuriert werden. Allerdings ist nur ein kleiner Teil von Abgängen in Beschäftigung auf Vermittlungen der Arbeitsämter zurückzuführen (1994: 18,7 % in Westdeutschland [Quelle: IAB a.a.O.]) Aus der Entwicklung der branchenbezogenen Beschäftigung insgesamt kann aber die erwartete Veränderung der regionalen Beschäftigung berechnet werden. Unter der Annahme, daß das Arbeitsangebot gegeben ist und alle Einstellungen aus dem regionalen Pool der Arbeitslosen kommen, ist sie eine Näherungsgröße für die aufgrund der Branchenstruktur erwarteten Nettoabgänge aus der Arbeitslosigkeit. Analog zum Fall der Zugänge läßt sich die erwartete Beschäftigungsänderung aus der Beschäftigungsstruktur berechnen.

Zugänge in die Arbeitslosigkeit

Um die Bedeutung der regionalen Branchenstruktur für die Zugänge zu den Arbeitslosen zu quantifizieren, wird eine einfache Regression der tatsächlichen regionalen Zugänge auf die auf Basis der Branchenstruktur erwarteten Zugänge geschätzt. Datenbasis sind die Zugänge zu den Arbeitslosen in den 74 westdeutschen Raumordnungsregionen im Juli der Jahre 1988 bis 1994. (Die Zugänge sind aus den 141 Arbeitsamtsbezirken mittels eines Schlüssels der BfLR (seit 1998 BBR) basierend auf den

Tab. 1: Zugänge zur Arbeitslosigkeit in 74 Regionen 1987-1994

| | OLS (1) | OLS (2) | WITHIN (3) |
|-------------------|----------------|----------------|----------------|
| erwartete Zugänge | 1,53 (0,55) | 0,93 (0,28) | 1,01 (0,12) |
| sonstige Zugänge | | 0,69 (0,31) | 0,80 (0,12) |
| R ² | 0,85 | 0,85 | 0,97 |
| Beobachtungen | | 592 | |

Heteroskedastie-robuste Standardfehler in Klammern. OLS: Kleinstquadrate Schätzung mit Konstante, WITHIN: Schätzung mit fixen Effekten.

Tab. 2: Beschäftigungsänderung in 74 Regionen 1988-1994

| | OLS (1) | WITHIN (2) | BETWEEN (3) |
|----------------------------------|----------------|----------------|----------------|
| erwartete Beschäftigungsänderung | 0,96 (0,03) | 1,02 (0,02) | 0,64 (0,06) |
| R ² | 0,89 | 0,96 | 0,61 |
| Beobachtungen | 518 | 518 | 74 |

Heteroskedastie-robuste Standardfehler in Klammern. OLS: Kleinstquadrate Schätzung mit Konstante, WITHIN: Schätzung mit fixen Effekten. BETWEEN: Schätzung auf Basis der regionalen Durchschnitte.

kreisweisen Bevölkerungsanteilen der Arbeitsamtsbezirke aggregiert.) Die regionalen Beschäftigungsanteile für 41 Branchen beziehen sich auf den Vormonat des jeweiligen Jahres.

Spalte (1) in Tabelle (1) zeigt Resultate für die einfache, „gepoolte“, Regression der tatsächlichen Zugänge auf die erwarteten Zugänge in den 74 Regionen und 8 Jahren. Die erwarteten Zugänge haben demnach einen überproportionalen Effekt. Dies könnte daran liegen, daß nur ein Teil der Zugänge nach der Branche aufgegliedert werden kann. Deswegen wird in Spalte (2) eine zusätzliche Variable „sonstige Zugänge“ verwendet, welche die nicht aufgegliederten Zugänge aufgeteilt nach der regionalen Gesamtbeschäftigung angibt. Nach Aufnahme dieser Variablen in die Regression ist der Koeffizient der erwarteten Zugänge zwar von null aber kaum von eins unterschieden. Das Bestimmtheitsmaß der Regression gibt an, daß 85 % der Variation in den Zugängen durch die Branchenstruktur erklärt wird. Da möglicherweise unterschiedliche Beschäftigungsvolumina der Regionen die Resultate beeinflussen, werden in Spalte (3) noch Ergebnisse einer WITHIN-GROUPS Schätzung aufgeführt. An dem recht geringen Standardfehler läßt sich erneut die große Erklärungskraft der erwarteten Zugänge ablesen.

Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Das allein aufgrund der Branchenstruktur erwartete Beschäftigungswachstum beschreibt die tatsächliche

Tab. 3: Nettoabgänge aus der Arbeitslosigkeit in 74 Regionen 1987-1994

| | OLS (1) | OLS (2) | WITHIN (3) |
|----------------------------------|----------------|-----------------|----------------|
| erwartete Beschäftigungsänderung | 0,44 (0,25) | 0,82 (0,23) | 0,72 (0,08) |
| Arbeitsangebot | | -0,03 (0,01) | |
| R ² | 0,03 | 0,18 | 0,92 |
| Beobachtungen | | 518 | |

Heteroskedastie-robuste Standardfehler in Klammern. OLS: Kleinstquadrat Schätzung mit Konstante, WITHIN: Schätzung mit fixen Effekten.

Beschäftigungsentwicklung recht gut. Dies zeigt sich in der engen Beziehung der errechneten Beschäftigungsentwicklung und der tatsächlichen Entwicklung. Spalte (1) in Tabelle 2 zeigt Ergebnisse auf Datenbasis der Beschäftigung jeweils zum Ende des Monats Juni.

Das Bestimmtheitsmaß zeigt, daß knapp 90% der totalen Variation durch die Branchenstruktur erklärt werden kann. Nach der Regression der regionalen Durchschnittswerte zu urteilen (Spal-

toabgänge aus der Arbeitslosigkeit anhand der Regression auf die erwartete Beschäftigungsveränderung. Datenbasis sind hier die schon in Tabelle 2 verwendeten Beschäftigungsdaten Ende Juni sowie die regionalen Nettoabgänge in den vorhergehenden 12 Monaten. Somit wird im Unterschied zu den Zugängen zur Arbeitslosigkeit nicht auf monatliche sondern auf jährliche Änderungen abgestellt.

Entsprechend Spalte (1) hat die erwartete Beschäftigungsentwicklung keinen signifikanten Effekt auf die Nettoabgänge aus der Arbeitslosigkeit. Da eine Veränderung der Beschäftigung je nach der Größe des regionalen Arbeitsmarktes einen unterschiedlichen Effekt auf die Nettoabgänge haben dürfte, erscheint es sinnvoll, zunächst noch eine Variable für die Größe des Arbeitsangebotes hinzuzunehmen. In Spalte (2) erscheint dann ein positiver Effekt der erwarteten Beschäftigungsveränderung auf die Nettoabgänge. Das Arbeitsangebot – definiert als Summe von Arbeitslosen und Beschäftigten – hat dabei einen signifikant negativen Effekt: Mit gegebener Beschäfti-

tes resultiert, zeigt sich auch daran, daß nach der „WITHIN-GROUPS“ Transformation in Spalte (3) ein ähnlicher, stark

Zur Person



Thiess Büttner studierte an den Universitäten Göttingen und Konstanz und promovierte im November 1997 mit einer theoretischen und empirischen Arbeit über regionale Arbeitsmärkte in Deutschland. Seit Dezember 1997 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter im ZEW-Forschungsbereich „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“.

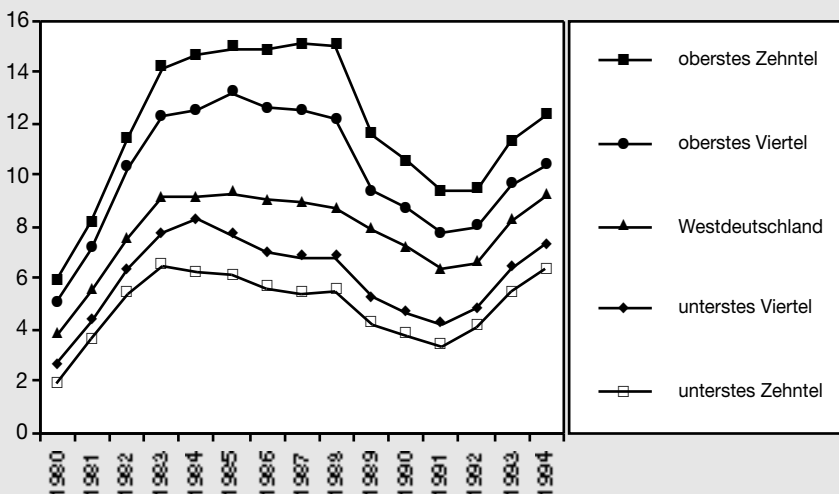
signifikanter, Effekt der Nettoabgänge ermittelt wird. Allerdings unterzeichnet hier die erwartete Beschäftigungsveränderung die Nettoabgänge aus der Beschäftigung.

Fazit

Obwohl ein direkter Vergleich der Analyse von Zugängen in die Arbeitslosigkeit und der Nettoabgänge aus der Arbeitslosigkeit wegen der Unterschiedlichkeit der Erfassung und Bereitstellung der Daten schwierig ist, bleibt festzuhalten, daß der überwiegende Teil regionaler Zugänge in die Arbeitslosigkeit (85%) aus der Branchenstruktur resultiert. Hier findet die Vorstellung von negativen sektoralen Schocks eine deutlich erkennbare Ausprägung. Zwar konnten die Nettoabgänge aus der Arbeitslosigkeit nur zu einem geringeren Teil durch diesen Ansatz erklärt werden, dennoch finden sich hochsignifikante Effekte der branchenbezogenen Beschäftigungsentwicklung. Da zudem die jährliche Beschäftigungsentwicklung in Westdeutschland zu 90 % von der jeweiligen Branchenstruktur bestimmt ist, ergibt sich für den regionalen Arbeitsmarkt insgesamt eine dominierende Rolle der Branchenstruktur für die kurzfristige Arbeitsmarktperspektive. ◀

Thiess Büttner,
Telefon 0621/1235-183

Streueung der regionalen Arbeitslosenquoten



Abgebildet sind Maßzahlen für die Streueung der Arbeitslosenquoten in den 141 Arbeitsamtsbezirken Westdeutschlands. Beispielsweise zeigt die oberste Linie die Höhe der Arbeitslosenquote an, die nur noch von 10 % der Arbeitsamtsbezirke übertroffen wird. Die mittlere Linie zeigt die Arbeitslosenquote für Westdeutschland (inklusive Berlin) insgesamt. Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der jährlichen Durchschnitte.

te (3)), lassen sich auch 60 % der regionalen Unterschiede im durchschnittlichen Beschäftigungswachstum auf die Branchenstruktur zurückführen.

Tabelle 3 zeigt die Bedeutung der Branchenstruktur für die regionalen Net-

toabgänge aus der Arbeitslosigkeit. Die Entwicklung der regionalen Nettoabgänge sind bei höherem Arbeitsangebot demnach geringere Nettoabgänge zu verzeichnen. Daß dieser Effekt tatsächlich aus der Relativierung einer bestimmten Beschäftigungsveränderung mit der Größe des Arbeitsmark-

Wirtschaftsentwicklung in Europa

Polnische Außenhandelsprobleme verringern sich nur allmählich

Polens Wirtschaft entwickelt sich weiterhin positiv und wird auch 1998 wieder das höchste Wirtschaftswachstum in Osteuropa vorweisen. Die überschäumende Inlandsnachfrage und das steigende Leistungsbilanzdefizit aufgrund hoher Importzuwächse veranlaßten die Zentralbank zu einer sehr restriktiven Geldpolitik. Diese liegt nun im Konflikt mit der notwendigen Umstrukturierung.

■ Regierung und Zentralbank kämpfen weiterhin gegen eine Überhitzung der Wirtschaft an. Bei der Inflationsrate wird ein Ziel von 9,5 % für Dezember 1998 angestrebt (13 % im Dezember 1997). Weil indirekte Steuern und die Energiepreise angehoben wurden, stieg der Verbraucherpreisindex in den ersten Monaten zunächst jedoch stärker an.

Ein Problem ist der extrem hohe Fehlbetrag in der Leistungsbilanz. Er dürfte 1998 in die Nähe der gerade noch tolerierbaren Marke von 5 % des BIP kommen. Das Leistungsbilanzdefizit

stellt die Kehrseite der überschäumenden Inlandsnachfrage dar. Viele der ausländischen Firmen beziehen ihre Vorprodukte lieber von externen als von einheimischen Lieferanten. Außerdem sind die für die Modernisierung der Industrie erforderlichen Ausrüstungsgüter häufig nicht auf dem inländischen Markt zu erhalten. Erleichtert werden die Auslandskäufe seit 1997 noch durch die Senkung der Zölle und die Abschaffung der Import-Sonderab-

gabe. Im ersten Quartal 1998 ist das Defizit erneut kräftig gestiegen. Beim Warenhandel hat sich das Tempo des

gehaltenen Stand von 24,5 % im Mai nun auf 23,5 % gesenkt. Sie trägt damit jedoch nur der Tatsache Rechnung, daß

Polens Wirtschaft im Überblick

| | 1997 | 1998 | 1999 |
|---|------|------|------|
| Bruttoinlandsprodukt (BIP), real | 6,9 | 5,8 | 5,5 |
| Verbraucherpreise | 14,9 | 11,7 | 9,0 |
| Arbeitslosenquote in %* | 10,5 | 10,1 | 9,8 |
| Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen BIP | -3,3 | -4,9 | -5,3 |
| Saldo des öffentlichen Haushalts in % des nominalen BIP | -3,5 | -3,0 | -2,0 |

Sofern nicht anders angegeben: Veränderung zum Vorjahr in Prozent. * Jahresende.
Quelle: Foreign Trade Research Institute, Warschau; OECD.

Importanstiegs verringert und wurde von dem der Exporte übertroffen. Polnische Experten erwarten, daß sich die Leistungsbilanz auch im weiteren Jahresverlauf verschlechtert, das Defizit 1999 aber nur noch geringfügig steigt.

Aufwertung des Zloty gefährdet Wettbewerbsfähigkeit

Da die Inflationsrate in Polen höher ist als in den Ländern der im Währungskorb vertretenen Währungen, und die festgelegte Abwertungsrate nicht mehr ausreicht, um dies auszugleichen, wertet der Zloty seit kurzem real auf. Eine Überbewertung des Zloty könnte die Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Produkte verringern und das Wirtschaftswachstum übermäßig dämpfen. Die Zentralbank hat den Diskontsatz von dem lange aufrecht

der Preisauftrieb bereits auf die restriktiven Maßnahmen reagiert hat: Die Inflationsrate in Polen lag im März bei 13,6 % nach 16,7 % vor Jahresfrist.

Durch den raschen Aufbau von Produktionskapazitäten wird die Beschäftigung 1998 und 1999 trotz Umstrukturierungen weiter steigen – jeweils um etwa 1 %. Die Lohnerhöhungen dürften in Zukunft nicht mehr so üppig ausfallen wie im Vorjahr: nach 18 % in diesem Jahr sind es 1999 voraussichtlich 15 %. Auch die Investitionen werden 1998 und 1999 mit 21 % bzw. 19 % wegen der höheren Finanzierungskosten langsamer steigen als im Vorjahr. Das Ziel, die Importzuwächse zu dämpfen, gerät dabei in Konflikt mit der Notwendigkeit, die Wirtschaft umzustrukturieren. ◀

Barbara Knoth,
Telefon 0621/1235-133



Schloß Willanow
in Warschau

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW Konjunkturreport – erscheint viermal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01, Fax -224 · Internet: www.zew.de

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-mail: buscher@zew.de,

Daniel Radowski, Telefon 0621/1235-296, Telefax 0621/1235-222, E-mail: radowski@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher